



**Landkreis
Rotenburg**

(Wümme) | Der Landrat

Niederschrift

**über den öffentlichen Teil der 17. öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Kreistages
am 18.09.2025**

in Rotenburg, Kreishaus, großer Sitzungssaal

Teilnehmer:

Mitglieder des Kreistages

Kreistagsvorsitzende Abg. Thea Tomforde
Landrat Marco Prietz
Abg. Robert Abel
Abg. Claus Aselmann
Abg. Willi Bargfrede
Abg. Nils Bassen
Abg. Ernst Behrens
Abg. Jens Behrens
Abg. Melanie Blank
Abg. Jürgen Blanken
Abg. Nico Burfeind
Abg. Thomas Busch
Abg. Reinhard Bussenius
Abg. Henning Cordes
Abg. Elisabeth Dembowski
Abg. Dirk Detjen
Abg. Erich Gajdzik
Abg. Wolfgang Harling
Abg. Harald Hauschild
Abg. Marvin Heinrich
Abg. Michaela Holsten
Abg. Sabine Holsten
Abg. Stefan Imbusch
Abg. Marie-Thérèse Kaiser
Abg. Franziska Kettenburg
Abg. Tobias Koch
Abg. Marco Körner
Abg. Detlef Kück
Abg. Volker Kullik
Abg. Ingolf Lienau
Abg. Reinhard Lindenberg
Abg. Sünje Loes
Abg. Uwe Lüttjohann
Abg. Henry Michaelis
Abg. Dr. Marco Mohrmann

Abg. Susanne Mrugalla
Abg. Tam Ofori-Thomas
Abg. Bernd Petersen
Abg. Joy Rosenberg
Abg. Günter Scheunemann
Abg. Bernd Sievert
Abg. Dirk-Frederik Stelling
Abg. Reinhard Trau
Abg. Hartmut Wallin
Abg. Marsha Weseloh
Abg. Bernd Wölbern
Abg. Norbert Wolf

Verwaltung

Herr Dr. Torsten Lühring (Dez. IV)
Frau Dr. Silke Fricke (Dez. I)
Frau Heike von Ostrowski (Dez. II)
Frau Imke Colshorn (Dez. III)
Herr Michael Meyer (Büro des Landrates)
Herr Jochen Twiefel (Büro des Landrates)

Entschuldigt:

Mitglieder des Kreistages

Abg. Doris Brandt
Abg. Ina Helwig
Abg. Eike Hendrik Holsten
Abg. Hans-Jürgen Krahn
Abg. Knut Nagel
Abg. Lars Rosebrock
Abg. Erika Schmidt
Abg. Christian Winsemann

Tagesordnung:

a) öffentlicher Teil

- 1** Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit
- 2** Feststellung der Tagesordnung
- 3** Genehmigung der Niederschrift über die 16. Sitzung des Kreistages am 17.06.2025
- 4** Bericht über wichtige Beschlüsse des Kreisausschusses
- 5** Bericht des Landrates über wichtige Angelegenheiten
- 6** Kommunale allgemeine Neuwahlen am 13.09.2026
- 6.1** Bestimmung des Wahltages für die Landratswahl (Direktwahl)
Vorlage: 2021-26/0968

- 6.2 Bestimmung der Kreiswahlleitung für die Kreiswahl und die Landratswahl
Vorlage: 2021-26/0969
- 7 Berufung der ehrenamtlichen Richter/innen in der niedersächsischen Sozialgerichtsbarkeit; hier: Ablauf der Amtszeit
Vorlage: 2021-26/0976
- 8 Besetzung von Ausschüssen und Gremien; hier: Neubesetzung eines beratenden Mitgliedes im Jugendhilfeausschuss
Vorlage: 2021-26/0989
- 9 Haushaltsüberschreitungen; hier: Mitteilung über Eilentscheidungen gemäß § 89 Satz 1 NKomVG
Vorlage: 2021-26/0986
- 10 Änderung der Satzung über die Heranziehung der kreisangehörigen Städte, Gemeinden und Samtgemeinden zur Durchführung von Aufgaben nach dem Niedersächsischen Gesetz zur Aufnahme von ausländischen Flüchtlingen und zur Durchführung des Asylbewerberleistungsgesetzes
Vorlage: 2021-26/0990
- 11 Antrag der SPD-Kreistagsfraktion vom 01.09.2025: Wohnungsbau im Landkreis Rotenburg fördern
Vorlage: 2021-26/1003
- 12 Anfragen
- 13 Einwohnerfragestunde

Punkt 1 der Tagesordnung: **Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit**

Kreistagsvorsitzende Tomforde eröffnet die Sitzung um 9.00 Uhr. Sie begrüßt die Kreistagsabgeordneten, die Zuschauerinnen und Zuschauer im Sitzungssaal und über den Livestream sowie die Vertreter der Presse und der Verwaltung.

Die Abgeordneten Doris Brandt, Ina Helwig, Eike Holsten, Hans-Jürgen Krahn, Knut Nagel, Lars Rosebrock, Erika Schmidt und Christian Winsemann fehlen entschuldigt.

Kreistagsvorsitzende Tomforde stellt fest, dass der Kreistag nach ordnungsgemäßer Einladung beschlussfähig ist.

Punkt 2 der Tagesordnung: **Feststellung der Tagesordnung**

Die Tagesordnung wird einstimmig in der vorstehenden Reihenfolge festgestellt.

Punkt 3 der Tagesordnung: **Genehmigung der Niederschrift über die 16. Sitzung des Kreistages am 17.06.2025**

Beschluss:

Die Niederschrift über die 16. Sitzung des Kreistages am 17.06.2025 wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

| | |
|---------------|----|
| Ja-Stimmen: | 46 |
| Nein-Stimmen: | 0 |
| Enthaltung: | 1 |

Punkt 4 der Tagesordnung: Bericht über wichtige Beschlüsse des Kreisausschusses

Landrat Prietz berichtet wie folgt:

Seit der letzten Kreistagssitzung am 17.06.2025 sei der Kreisausschuss am 04.09.2025 zu einer Sitzung zusammengetreten. Neben Vergabe-, Vertrags- und Personalangelegenheiten seien im Wesentlichen Empfehlungen für die heutige Kreistagssitzung beschlossen worden. Es seien folgende Beschlüsse von allgemeiner Bedeutung gefasst worden:

Ausweisung der Vorranggebiete für Windenergie; Auswertung der Stellungnahmen zum RROP-Änderungsentwurf vom Mai 2024

1. Als Mindestziel wird die Fläche von 3,09 % bis Ende 2027 festgelegt. Sollte das Ziel von 4 % nicht erreicht werden, wird zu einem späteren Zeitpunkt ein zweites Verfahren eingeleitet.
2. Der Abwägung der Stellungnahmen zum ersten RROP-Änderungsentwurf vom Mai 2024 wird zugestimmt.
3. Der Landrat wird beauftragt, einen zweiten RROP-Änderungsentwurf zu erarbeiten und in das Beteiligungsverfahren gemäß § 9 Absatz 3 Raumordnungsgesetz zu geben.

Bereitstellung von Mitteln aus Ersatzgeld für Naturschutz-Projekte

1. Der Landkreis Rotenburg (Wümme) überträgt der Stiftung Naturschutz für die Erstellung einer Planungsgrundlage zur Auenentwicklung am Lünzener Bruchbach Ersatzgelder in Höhe von 19.000,- €.
2. Der Landkreis Rotenburg (Wümme) überträgt dem Unterhaltungsverband Obere Wümme für die Durchführung einer Machbarkeitsstudie zur ökologischen Durchgängigkeit an der Scheeßeler Mühle mit einer Laufzeit von zwei Jahren Ersatzgelder in Höhe von 75.000,- €.
3. Der Landkreis Rotenburg (Wümme) überträgt der Ökologischen NABU-Station OsteRegion für die Durchführung eines Projektes zur Umsetzung von Instandsetzungsmaßnahmen zur Erhöhung der Biodiversität im Landkreis Rotenburg (Wümme) mit einer Laufzeit von drei Jahren Ersatzgelder in Höhe von 108.000,- €.
4. Der Landkreis Rotenburg (Wümme) überträgt der Stadt Rotenburg (Wümme) zur Erstellung einer Machbarkeitsstudie für die Wiedervernässung des Weißen Moores bei Lüdingen Ersatzgelder in Höhe von 30.000,- €.

Zustimmung zur Annahme von Zuwendungen

Der Annahme von mehreren Einzelzuwendungen in Höhe von insgesamt 2.590,- € für das Frauenhaus wird zugestimmt.

Zuschüsse für Verkehrssicherheitsmaßnahmen

Der Stadt Bremervörde und der Gemeinde Heeslingen werden für ihre Verkehrssicherheitsmaßnahmen (Anschaffung von mobilen Geschwindigkeitsmessgeräten mit Display) jeweils ein Zuschuss in Höhe von 1/3 der Anschaffungskosten (733,44 € für Bremervörde und 1.838,41 € für Heeslingen) gewährt.

Landrat Prietz berichtet wie folgt:

Kreistagssitzung im Dezember 2025 in Bremervörde

Die Bauarbeiten am großen Sitzungssaal in Bremervörde seien abgeschlossen. Die Kreistagsitzung am 10.12.2025 werde deshalb im großen Sitzungssaal im Kreishaus Bremervörde stattfinden. Sitzungsbeginn sei um 9.00 Uhr.

Dorfwettbewerb

Auf Kreisebene des Dorfwettbewerbs „Unser Dorf hat Zukunft“ hätten sich in diesem Turnus sieben Dörfer angemeldet. Unter den teilnehmenden Dörfern seien nach Bereisung der Kreisjury in zwei Kategorien, nach Einwohneranzahl aufgeteilt, jeweils ein Sieger gekürt worden. Hepstedt und Glinstedt hätten den Kreiswettbewerb für sich entscheiden können. Beide Siegerdörfer hätten sich motiviert dazu entschlossen, den Landkreis im Landeswettbewerb zu vertreten.

Im Juni habe für Glinstedt und Hepstedt daher die Bereisung im regionalen Vorentscheid stattgefunden. Hier mussten sich beide Dörfer mit 14 anderen Ortschaften aus dem Bezirk des Amtes für regionale Landesentwicklung Lüneburg messen. Sowohl Glinstedt als auch Hepstedt hätten diese Hürde genommen und gehörten zu den fünf Dörfern, die es in den Landeswettbewerb geschafft hatten. Besondere Anerkennung erhielten die Ortschaften dabei für ihre inspirierenden Ideen für ein lebendiges Dorfleben, innovative Planungskonzepte sowie ihre starke Gemeinschaft.

Ende August sei schließlich die Bereisung der Landesjury erfolgt, um aus den 18 verbleibenden Dörfern aus ganz Niedersachsen drei Teilnehmer für den Bundeswettbewerb auszuwählen. Leider hätten Glinstedt und Hepstedt diese Nominierung nicht erreicht, sie hätten jedoch einzigartige Vorstellungen ihrer Dörfer dargeboten und ihre Leidenschaft für die zukunftsgerichtete Entwicklung sowie die beeindruckende Dorfgemeinschaft gezeigt.

2026 werde eine neue Runde des Wettbewerbs „Unser Dorf hat Zukunft“ auf Kreisebene beginnen. Ziel sei es, die nachhaltige Entwicklung des ländlichen Raums zu fördern und bürgerschaftliches Engagement zu würdigen. Neben dem finanziellen Anreiz von Siegerprämien, solle vor allem der Gewinn innerhalb der Dörfer durch die Erkennung von Potenzialen und die Belebung der Dorfgemeinschaften im Vordergrund stehen.

Ehrenamtliche Richter – Berufung VG Stade

Das Verwaltungsgericht Stade habe am 12.09.2025 mitgeteilt, dass der Ausschuss zur Wahl der ehrenamtlichen Richterinnen und Richter bei dem Verwaltungsgericht Stade in seiner Sitzung vom 3. September 2025 die Neuwahl der ehrenamtlichen Richterinnen und Richter durchgeführt habe. Entsprechend der eingereichten Vorschlagsliste (24 Vorschläge) seien folgende ehrenamtliche Richterinnen und Richter aus dem Landkreis Rotenburg (Wümme) gewählt worden:

Herr Jan-Felix Aselmann, Fintel
Herr Willi Bargfrde, Visselhövede
Herr Norbert Behrens, Rotenburg/Wümme
Herr Heino Böttjer, Gnarrenburg
Frau Doris Brandt, Bremervörde-Hesedorf
Herr Christian Dilissen, Bremervörde-Elm
Herr Erich Gajdzik, Bremervörde-Elm
Herr Karl-Heinz Imbusch, Bremervörde
Herr Hans-Jürgen Krahn, Sottrum
Herr Hans-Günter Krauskopf, Zeven
Herr Lars Lust, Bremervörde
Herr Ralf Rimkus, Gnarrenburg
Herr Andreas Rücker, Tarmstedt
Frau Erika Schmidt, Bothel
Herr Werner Tietjen, Farven

Die gewählten ehrenamtlichen Richterinnen und Richter seien vom Verwaltungsgericht Stade schriftlich von der Wahl informiert worden.

Terminplan 2026

Der Terminplan 2026 für die Sitzungen des Kreistages, des Kreisausschusses und der Fachausschüsse sei erstellt und werde in den nächsten Tagen allen Abgeordneten per E-Mail zugesandt.

Punkt 6 der Tagesordnung: **Kommunale allgemeine Neuwahlen am 13.09.2026**

Punkt 6.1 der Tagesordnung: **Bestimmung des Wahltages für die Landratswahl (Direktwahl)**
Vorlage: 2021-26/0968

Beschluss:

Der Wahltag für die Wahl einer Landrätin/eines Landrates im Landkreis Rotenburg (Wümme) wird auf Sonntag, den 13.09.2026, festgesetzt.

Der Termin für eine etwaige Stichwahl wird auf Sonntag, den 27.09.2026, festgesetzt.

Abstimmungsergebnis:

| | |
|---------------|----|
| Ja-Stimmen: | 47 |
| Nein-Stimmen: | 0 |
| Enthaltung: | 0 |

Punkt 6.2 der Tagesordnung: **Bestimmung der Kreiswahlleitung für die Kreiswahl und die Landratswahl**
Vorlage: 2021-26/0969

Kreistagsvorsitzende Tomforde verweist auf die einstimmige Beschlussempfehlung des Kreisausschusses.

Beschluss:

Landrat Marco Prietz wird für die Kreiswahl und die Landratswahl 2026 als Kreiswahlleiter abberufen.

Erster Kreisrat Dr. Torsten Lühring wird für die Kreiswahl und die Landratswahl 2026 zum Kreiswahlleiter berufen.

Kreisrätin Dr. Silke Fricke wird für die Kreiswahl und die Landratswahl 2026 zur stellvertretenden Kreiswahlleiterin berufen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 47
Nein-Stimmen: 0
Enthaltung: 0

Punkt 7 der Tagesordnung: **Berufung der ehrenamtlichen Richter/innen in der niedersächsischen Sozialgerichtsbarkeit; hier: Ablauf der Amtszeit**
Vorlage: 2021-26/0976

Kreistagsvorsitzende Tomforde führt aus, die Amtszeit der jetzigen ehrenamtlichen Richterin würde am 30.09.2025 ablaufen.

Abg. Wölbern schlägt Frau Gesine Griephan aus Rotenburg (Wümme) zur Aufnahme in die Vorschlagsliste vor.

Beschluss:

In die Vorschlagsliste zur Berufung der ehrenamtlichen Richter/innen für die niedersächsische Sozialgerichtsbarkeit wird aufgenommen:

Frau Gesine Griephan, Rotenburg (Wümme)

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 46
Nein-Stimmen: 0
Enthaltung: 1

Punkt 8 der Tagesordnung: **Besetzung von Ausschüssen und Gremien; hier: Neubesetzung eines beratenden Mitgliedes im Jugendhilfeausschuss**
Vorlage: 2021-26/0989

Beschluss:

1. Frau Ariane Simon wird als beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss abberufen.
2. Frau Kirsten Voigt wird als beratendes Mitglied in den Jugendhilfeausschuss berufen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 47
Nein-Stimmen: 0
Enthaltung: 0

Punkt 9 der Tagesordnung: **Haushaltsüberschreitungen; hier: Mitteilung über Eilentscheidungen gemäß § 89 Satz 1 NKomVG**
Vorlage: 2021-26/0986

Der Kreistag nimmt von den im Rahmen von Eilentscheidungen gemäß § 89 NKomVG zugestimmten Haushaltsüberschreitungen Kenntnis.

Punkt 10 der Tagesordnung: **Änderung der Satzung über die Heranziehung der kreisangehörigen Städte, Gemeinden und Samtgemeinden zur Durchführung von Aufgaben nach dem Niedersächsischen Gesetz zur Aufnahme von ausländischen Flüchtlingen und zur Durchführung des Asylbewerberleistungsgesetzes**
Vorlage: 2021-26/0990

Abg. Mrugalla führt aus, die in Deutschland ankommenden Flüchtlinge würden nach dem Königsteiner Schlüssel auf die Kommunen verteilt. Es würden mal mehr und mal weniger Flüchtlinge in den Gemeinden ankommen. Die Gemeinden seien auch verpflichtet, ausreichend Wohnraum für die ankommenden Flüchtlinge bereit zu stellen. Vom Landkreis erstattet würden nur die Kosten für belegten Wohnraum. Wenn von den Kommunen Wohnraum vorsorglich angemietet würde, dieser aber noch nicht mit Flüchtlingen belegt sei, würden den Kommunen die Mietkosten vom Landkreis nicht erstattet. Dieses Vorgehen des Landkreises sei unsozial. Deswegen könne man der vorliegenden Satzungsänderung nicht zustimmen. Sie stelle deshalb den Antrag, dem Beschlussvorschlag nicht zuzustimmen und die Angelegenheit zur Beratung in den Fachausschuss zu verweisen.

Landrat Prietz erklärt, Anlass für die Änderung der Heranziehungssatzung seien notwendige Anpassungen im Zusammenhang mit der Einführung der Bezahlkarte in Niedersachsen sowie eine Umstellung des Abrechnungssystems von einer Spitzabrechnung auf ein pauschaliertes System. Die bisherige Spitzabrechnung der Gemeinden mit dem Landkreis sei sehr aufwändig. Man habe deshalb mit einigen Gemeinden eine Abrechnung mit Pauschalen getestet. Die Erfahrungen daraus seien sowohl beim Landkreis als auch bei den Gemeinden positiv gewesen. Nahezu alle kreisangehörigen Gemeinden hätten der Umstellung des Abrechnungssystems zugestimmt. Die von der Abg. Mrugalla genannten Kritikpunkte hätten nichts mit der Änderung der Satzung zu tun. Dies seien klare Vorgaben vom Land Niedersachsen und der Landkreis könne nur diese Regelungen an die Kommunen weitergeben. In der Regel seien größere Kommunen davon stärker betroffen, weil dort mehr Wohnraum vorgehalten werden müsse. Würde der Landkreis – entgegen den Vorgaben des Landes - einer Kommune Kosten für leerstehenden Wohnraum erstatten, müsste der Landkreis diese nicht durch Erstattungen von Bund oder Land gedeckten Aufwendungen auf alle kreisangehörigen Kommunen umlegen. Sollte der Kreistag der Satzungsänderung nicht zustimmen, würde verhindert, dass das Abrechnungsverfahren einfacher und effizienter werde. Er bitte deshalb darum die vorliegende Satzungsänderung zu beschließen. Um Abhilfe bei der ungleichen Belastung der Kommunen bei den Wohnkosten zu schaffen, müsste das Land seine gesetzlichen Vorgaben ändern.

Abg. Dembowski erläutert, dass die Stadt Rotenburg (Wümme) mit Unterstützung durch das Diakonissen Mutterhaus eine große Gemeinschaftsunterkunft für Flüchtlinge aufgebaut habe. Die Stadt habe dafür größere Aufwendungen gehabt, die nicht vom Land erstattet worden seien. Sie spricht sich dafür aus, dass sich der Landrat und die kommunalen Spitzenverbände für eine Änderung der Erstattungsregelungen beim Land Niedersachsen einsetzen sollten. Dies sei ein Problem, das dringend behoben werden müsse.

Abg. Weseloh sieht keine Notwendigkeit zur Verweisung der Angelegenheit an den Fachausschuss. Die vorliegende Satzungsänderung sei von der Verwaltung mit allen kreisangehörigen Kommunen abgestimmt worden. In der vorliegenden Beschlussvorlage habe die Verwaltung den Sachverhalt schlüssig dargestellt. Sie bittet um Zustimmung zum Beschlussvorschlag.

Abg. Wölbern meint, der Vorschlag der Verwaltung würde zur Verschlingung des Abrech-

nungsverfahrens beitragen und sollte so beschlossen werden. Das Thema „Kosten für die Aufnahme von Flüchtlingen“ würde den Landkreis und die Kommunen noch weiter beschäftigen.

Kreistagsvorsitzende Tomforde lässt zunächst über den Antrag der Abg. Mrugalla, die Angelegenheit zur Beratung in den Ausschuss für Soziales, Arbeit und Gesundheit zu verweisen, abstimmen.

Dieser Antrag wird mit 6 Ja-Stimmen und 40 Nein-Stimmen, bei einer Enthaltung, abgelehnt.

Anschließend folgt die Abstimmung über die Beschlussempfehlung aus dem Kreisausschuss.

Beschluss:

Die Satzung über die Heranziehung der kreisangehörigen Städte, Gemeinden und Samtgemeinden zur Durchführung der Aufgaben nach dem Niedersächsischen Gesetz zur Aufnahme von ausländischen Flüchtlingen und zur Durchführung des Asylbewerberleistungsgesetzes wird in der anliegenden Fassung beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

| | |
|---------------|----|
| Ja-Stimmen: | 40 |
| Nein-Stimmen: | 4 |
| Enthaltung: | 3 |

Punkt 11 der Tagesordnung: **Antrag der SPD-Kreistagsfraktion vom 01.09.2025: Wohnungsbau im Landkreis Rotenburg fördern**
Vorlage: 2021-26/1003

Abg. Wölbern führt aus, der Landkreis sei bereits seit 2012/2013 bei der Förderung der Schaffung von neuen Wohnungen im Landkreis aktiv. Man habe auch bereits erste Fortschritte erreicht, aber der Weg sei noch nicht zu Ende. Die SPD-Fraktion habe bereits im Jahr 2022 einen Antrag zur Gründung einer kommunalen Gesellschaft für Wohnen gestellt. Seinerzeit habe es aber Bedenken gegen die Gründung einer solchen Gesellschaft gegeben. Deshalb solle man sich jetzt an dem Beispiel des Landkreises Friesland orientieren, wo eine kommunale Wohnungsbaugesellschaft erfolgreich arbeiten würde. Man habe sich dies dort vor Ort ansehen können. Ihn habe das überzeugt. Mit den von der Mehrheitsgruppe vorgeschlagenen Ergänzungen des Beschlussvorschlages sei er einverstanden. Die besondere Ausschusssitzung solle aber möglichst bald stattfinden und nicht auf die lange Bank geschoben werden. Es sei sinnvoll, wenn bereits Vertreter des Landes Niedersachsen eingeladen würden und auch die kreisangehörigen Kommunen sollten beteiligt werden. Er bittet um Zustimmung zu dem Antrag seiner Fraktion.

Abg. Heinrich erklärt, bezahlbarer Wohnraum sei ein zentrales Kernthema der heutigen Zeit. Der Landkreis habe mit der Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur Schaffung kleiner bezahlbarer Wohnungen im Landkreis schon viel erreicht. Der jetzige Antrag der SPD-Fraktion sei im Grunde richtig. Es sei wichtig, das Land Niedersachsen mit ins Boot zu holen, auch wegen finanzieller Aspekte. Man solle auf allen Ebenen zusammenarbeiten. Nach seiner Ansicht wäre die Gründung einer Wohnungsbaugesellschaft nicht die einzig mögliche Lösung.

Abg. Loës meint, dies sei ein guter Antrag. Es habe sich bereits gezeigt, dass der freie Wohnungsmarkt die Problematik nicht allein lösen könne. Sie bittet um Zustimmung zum Antrag.

Abg. Dembowski hält den Antrag für prinzipiell richtig. Die Gründung einer eigenen Wohnungsbaugesellschaft durch den Landkreis wäre sicherlich nicht ganz einfach, aber dies sollte lösbar sein. Die Schaffung von neuem Wohnraum würde auch die entsprechende Ausweisung von Baugebieten voraussetzen. Ebenso würden die steigenden Baukosten ein Risiko darstellen. Wichtig wäre auch eine finanzielle Unterstützung durch das Land.

Beschluss:

1. Der Kreistag informiert sich über die Handlungsfelder und Möglichkeiten einer kreiseigenen Wohnungsbaugesellschaft nach dem Vorbild des Landkreises Friesland.
2. Der Landrat lädt kurzfristig zu einer Sondersitzung des Ausschusses für Wirtschaft und Verkehr, zu der die „Wohnungsbaugesellschaft Friesland“ sowie ein/e Vertreter/in des Landes Niedersachsen oder der Landeswohnungsbaugesellschaft eingeladen werden.

Abstimmungsergebnis:

| | |
|---------------|----|
| Ja-Stimmen: | 47 |
| Nein-Stimmen: | 0 |
| Enthaltung: | 0 |

Punkt 12 der Tagesordnung: **Anfragen**

Es liegen keine Anfragen vor.

Punkt 13 der Tagesordnung: **Einwohnerfragestunde**

Auf die Frage eines Zuschauers im großen Sitzungssaal, ob die Sitzungstermine für das kommende Jahr auch online auf der Internetseite des Landkreises abrufbar seien, antwortet **Landrat Prietz**, die Termine würden in Kürze über das Kreistagsinformationssystem abrufbar sein.

Nachdem keine weiteren Einwohnerfragen gestellt werden schließt **Kreistagsvorsitzende Tomforde** den öffentlichen Teil der Sitzung um 9.45 Uhr.

Die Zuschauerinnen und Zuschauer sowie die Vertreter der Presse verlassen den Sitzungsraum.

gez. Tomforde
Kreistagsvorsitzende

gez. Prietz
Landrat

gez. Twiefel
Protokollführer